

**Runder Tisch der Stadt Göttingen zur Entwicklung des ehem. IWF-Geländes**  
**am 19.08.2013, 14.30 - 20.00 Uhr im THG**

**Anwesend:** 25 Personen

Moderation (Herr Schlegelmilch, Frau Dappen, Frau Braun),  
Stadtverwaltung (Herr Dienberg, Herr Lepper, Herr Briehe, Herr Koss, Frau Tippach-Kemmling),  
Herr Böck (Anwalt des Liquidators),  
Herr Rafie und Herr Wilken (EBR Immobilien),  
Herr Linker und Herr Froitzik (Bankert & Linker Architekturbüro),  
Herr Kriege (Daber & Kriege),  
Frau Walbrun (Naturschutzbeauftragte),  
Frau Binkenstein (SPD),  
Herr Arnold (CDU),  
Nonnenstieg-Bürgerinitiative (Frau Gregorius, Herr Lühtrath, Frau Steinhauer, Herr Welter-Schultes),  
Pro Nonnenstieg e.V. (B. von Samson, Herr von Samson (Architekt), Herr von Zepelin, Frau Pingel)

**Protokoll:** F. Welter-Schultes

Herr Dienberg begrüßt um 14.30 h die Anwesenden. Unter den Rahmenbedingungen stellt er heraus, dass 4 Geschosse plus Dachgeschoss nicht überschritten werden sollten, und dass eine GFZ von 0,95 "vorstellbar" sei.

Herr Schlegelmilch moderiert die Diskussion dieser auf heute begrenzten Veranstaltung. Er solle neutral sein und habe keine Zielvorgaben. Frau Dappen führt ein offenes Protokoll (mit Edding auf weißem Papier), Frau Braun führt Protokoll am Rechner. Runder Tisch und Workshop bezeichneten dieselbe Sache. Er erläutert seine Vorstellung des zeitlichen Ablaufs.

Frau Gregorius liest eine Erklärung vor. Frau Dappen extrahiert darauf für das offene Protokoll: "Grün" als 1. Punkt unter städtebaul. Zielsetzungen; "Bauästhetik" auch diskutieren; Ablauf Pressetermin abstimmen.

Herr Rafie sagt, er verstehe nicht, warum Frau Gregorius und Pro Nonnenstieg demokratisch legitimiert seien, Entscheidungen des Bauausschusses in Frage zu stellen.

Herr Schlegelmilch entgegnet, "wir würden nicht hier sitzen, wenn wir nicht willig wären, die jeweils andere Position sich anzuhören". Er erläutert die Spielregeln, vor allem dass die Leute sich gegenseitig ausreden lassen und zuhören sollten. Zielsetzung seiner Moderation sei, die Punkte auszumachen, bei denen es Zustimmung und bei welchen es Ablehnung gebe (bzw. Konsens und Dissens). Dies solle als Grundlage für die weitere Planung dienen.

Danach Vorstellungsrunde, 15.00 h. Alle stellen sich kurz vor.

Danach Themenpunkt "Reflexion und Erwartungen", Beurteilung des bisherigen Ablaufs.

Frau Gregorius spricht Aspekte des geschichtlichen Ablaufs 2012 an.

Herr Welter-Schultes beurteilt die Verfahrensweise der Verwaltung seit Anfang 2013 als positiv, auch wenn seit Mai gravierende Fehler begangen worden seien. Der eingeschlagene Weg sei der richtige.

B. von Samson führt an, Stadt + Planung fordere einen Gesamt-Flächennutzungsplan für Göttingen. Das Baugesetzbuch orientiere sich an den Belangen der Nachbarschaft. Die Bebauung solle in die Umgebung passen. So viel Grün wie möglich solle erhalten bleiben.

Herr Böck erläutert, eine Nachnutzung sei nicht möglich gewesen, er musste also einen Investor suchen. Die GFZ beeinflusse den Kaufpreis, er sei aber kompromissbereit.

Herr Dienberg gibt zu, er sei im Jahr 2012 von der Intensität der Reaktion überrascht gewesen, auch an der Kritik am Wettbewerb. Das Ziel der Verwaltung, über einen Wettbewerb eine hohe Bauqualität zu erreichen, sei nicht verstanden worden. Die politischen Gründe für die Rahmenbedingungen, dass es eine große Mehrheit gebe, Wohnbebauung in die Stadt hereinzuholen, wurde bislang wenig reflektiert. "Da werden wir besser werden müssen".

Öffentlichkeitsbeteiligung müsse offenbar bei diesen großen Wohnbauverfahren anders gestaltet werden.

Sehr geärgert habe er sich darüber, dass beide Bürgerinitiativen die enorme Dichte und Massivität der 2012 vorgeschlagenen Bebauung kritisiert hatten - und dass nun genau dieselbe Dichte und sogar eine noch höhere Bebauung (8 Stockwerke und mehr) z. B. in Testentwürfen von Herrn Welter-Schultes vorgeschlagen und dies von den Bürgerinitiativen akzeptiert wurde.

Es gebe Kriterien, die zeigten, was gute Architektur sei.

Herr Rafie führt an, er und der Liquidator verschiedene Interessen hätten (Grundstück entwickeln - Grundstück veräußern). EBR habe 200.000 Euro in das Verfahren bereits investiert. Er habe jedoch verstanden, dass sie über das Ziel hinausgeschossen seien. Das Verfahren sei jedoch nicht intransparent gewesen.

Seit 10 Monaten habe er als Investor Ruhe gegeben. Pro Nonnenstieg erwähne er nicht, weil dort bislang keine Ziele formuliert worden seien, Baumschutz an sich sei keine städtebauliche Zielsetzung (Herr von Zepelin antwortet darauf, GFZ 0,55 sei deren Zielsetzung).

#### Thema Baumschutz/Wald

Herr Dienberg erläutert anhand der (unserem Vorschlag folgend) verbesserten Biotopkarte von Herrn Kriege, dass die Waldfläche planungsrechtlich kein Wald sei.

Frau Tippach-Kemmling spricht von waldartigen Bereichen, die derzeit über die Baumschutzsatzung geschützt seien. Derzeit gebe es keine generellen Beschränkungen, nicht generell auch alles zu roden. Schutz für Vegetationsbestände würde sich ergeben, wenn bestimmte Flächen erhalten werden sollten.

Frau Walbrun ergänzt, Baumschutz nach Satzung bestehe nicht für jeden einzelnen Baum innerhalb eines Waldbestandes.

Herr Rafie erzählt die Geschichte, wie die Biotopkartierung zustande gekommen war. In Absprache mit Frau Tippach-Kemmling, die ihm Herrn Kriege als Gutachter vorgeschlagen hatte.

Frau Steinhauer fragt, ob Einzelbäume innerhalb eines Waldbestandes geschützt werden können, was Frau Tippach-Kemmling mit ja beantwortet.

Herr Rafie stellt die als theoretisch gemeinte Frage, ob er eine Genehmigung bekommen würde, alle Bäume zu fällen. Frau Tippach-Kemmling antwortet, nein, weil dafür ein konkreter Grund vorliegen müsse. Erst kurz vor der Realisierung eines Bauvorhabens wäre dies möglich.

Herr Welter-Schultes fragt, ob es möglich wäre, eine Fläche im B-Plan vor einer Überbauung zu schützen. Die Antwort von Frau Tippach-Kemmling und Herrn Dienberg lautet ja.

Herr Kriege erläutert, er habe keine Einzelbaumerfassung vorgenommen, sondern eine Biotopkartierung, vor allem wegen der Kompensationsmaßnahmen. Verlust von

Bäumen über die Baumschutzsatzung führe in der Regel zu einem niedrigeren Kompensationsanspruch als über eine Biotoptypenerfassung. Die Erfassung sei Ende 2011/Anfang 2012 erfolgt. Es werde noch aktualisiert werden müssen, da sich Biotoptypen aufgrund ungestört gewachsener Vegetation inzwischen geändert hätten.

Rot schraffiert seien die "mindestens zu erhaltenden Flächen".

Bezahlt worden sei er zunächst von Herrn Rafie, danach von der Stadt.

Frau Gregorius spricht die Walddefinition an. Herr Kriege ergänzt, Großteile des Geländes hätten reinen Gartencharakter. Teile seien gepflegt worden, andere nicht. WXH sei gewählt worden, weil die Fläche waldmäßig nicht gewidmet gewesen sei.

Herr Arnold (CDU) führt an, er könne die Baumschutzdebatte nicht nachvollziehen. 90 % der Landschaft heute sei Kulturlandschaft. Auf dem IWF-Gelände handele es sich um ausgewachsene Gartenbestände. Völlig abwegig sei der Gedanke, Häuser um gewachsene Baumbestände herumzubauen. Bäume, die 50 Jahre später sowieso tot wären.

Herr Welter-Schultes erläutert anhand vorher verteilter Tischvorlagen die Struktur des Baumbestandes, aufgeführt nach Baumarten. Er widerspricht der Darstellung, die Bäume im Süden des Grundstücks (hauptsächlich Eschen, Ahorn, Hainbuchen, Birken) seien gartenbaulich angepflanzt worden. Es handele sich um eine Sukzessionsflora. 85 % der Bäume auf dem gesamten Grundstück seien selbst versamt und standortgemäß, nur 15 % seien angepflanzte Fremdhölzer. Er zitiert eine Anweisung aus dem Kartierschlüssel (Drachenfels 2011), dass forstlich genutzte Bestände als WX, ungenutzte als WP kartiert werden sollten.

Herr Kriege sieht zwischen dieser und seiner Analyse keinen Widerspruch.

Frau Walbrun erläutert, bei solchen Beständen das X für forstliche Nutzung stehe, die Definition für Forst aber so formuliert sei, dass eine menschliche Nutzung zugrunde liegen müsse. WP werde angewandt, wenn die Sukzession von alleine gekommen sei, beispielsweise in Auen. Es gehe also um die Historie. Hier wäre der Bestand eher angepflanzt, also WX. Beide lägen in der Kategorie 4, schützenswert.

Herr Schlegelmich stellt fest, die Einschätzungen der Nonnenstieg-BI und der Fachleute seien fast deckungsgleich.

16.05 Uhr, Thema Verkehr.

Herr Koss stellt Ergebnisse eines Verkehrsgutachtens vor. Der Kreuzungsbereich Nonnenstieg sei als leistungsfähig bewertet worden. Nach dem modellierten Bau von 200 Wohneinheiten mit einer so negativ wie möglichen Berechnung auch. Kein Grund, das Bauvorhaben abzulehnen. Schlechtestenfalls Qualitätsstufe D (ausreichend), morgens für 15-30 Minuten müsse man unten mit Staus rechnen, mehr nicht. Spätestens nach drei Ampelphasen käme man durch.

Herr Rafie fragt, ob es möglich sei, eine Linksabbiegerampel zum Düstere-Eichen-Weg hin einzurichten.

Herr Koss sagt, nein, das wäre zu aufwendig.

Herr Welter-Schultes führt an, die theoretischen Analysen seien offenbar nicht ganz kongruent mit der Realität.

Herr Lüchtrath erläutert, es gebe bergab eine Wartephase von 14 Sekunden, die nicht nachvollziehbar sei. Möglicherweise sei dies auch gar nicht beabsichtigt oder bekannt.

Herr Welter-Schultes fragt, ob die Nonnenstieg-BI einen Ortstermin bekäme, um einige konkrete Verbesserungsvorschläge vor Ort besprechen zu können.

Herr Koss sagt dies zu, mit Polizei und Experten.

Eine kleine Kostprobe der Perspektiven für so einen Termin gibts gleich danach:

Herr Lüchtrath spricht die Möglichkeit einer verbesserten Radwegführung an, die etwas unkonventionell wäre und die starke Steigung am Nikolausberger Weg berücksichtigen würde - Herr Koss lehnt alleine schon die Diskussion über diesen Vorschlag und dessen Prüfung vor Ort kategorisch ab.

Herr Schlegelmilch zieht um 16.23 h ein Resümee, eine Bebauung führe zu einer erträglichen Verschlechterung.

Stellplatzschlüssel: Herr Arnold (CDU) kritisiert die Vorgabe von 1,0 als unzureichend. Herr Rafie hält 1,5 für zu hoch. 1,25 wäre ein Kompromiss.

Um 16.28 h eröffnet Herr Schlegelmilch die Debatte über Konsens/Dissens-Findungen.

Frau Binkenstein (SPD) betont, die Vorgaben habe der Bauausschuss in seinem Beschluss getroffen, daran sollen hier keine Veränderungen vorgeschlagen werden.

Bis 17.15 h wird dann ermittelt, bei welchen Themen es Konsens (grüne Punkte) und bei welchen es Dissens (rote Punkte) gebe. Das mit den gelben Punkten gibt Herr Schlegelmilch irgendwann auf.

Der Schutz der rot schraffierten Flächen erweist sich als Konsens, bekomme also einen grünen Punkt, die Umrise der Flächen selber sind aber nicht Konsens. "Minimal" sei Konsens.

Herr Dienberg erkennt das Problem, dass Bankert & Linker durchaus auch den Minimalkonsens brechen und in die rot schraffierten Flächen hineinbauen mussten.

Thema Geschosswohnungsbau an sich ist Konsens: keine Reihenhäuser, keine Doppelhäuser, keine Einfamilienhäuser.

Stockwerkzahl: Architekt von Samson erläutert, es wäre auch möglich, an bestimmten Stellen auch bis zu 7 Stockwerke hochzugehen.

Der Begriff Blickachsen wird nicht verstanden und muss erläutert werden. Herr Lepper schlägt den Ausdruck "Ein- und Durchblicke" vor, Frau Walbrun "Blickbezüge" und gewinnt damit knapp vor Herrn Lepper. Der Gedanke dahinter ist Konsens.

"Erschliessung" von Nonnenstieg beziehe sich nur auf Autoverkehr, Fußwege zum Habichtsweg seien trotzdem möglich. Stellt sich als Dissens heraus. Wege durch das Waldgebiet würden den Wald stören. Herr Dienberg meint, vielleicht ein Durchweg ganz oben an der Nordgrenze. Herr Rafie führt Probleme mit Vandalismus bei Durchgangswegen an. Wollte er auch da oben nicht. Herr Dienberg würde den Weg städtisch machen.

Einzelhandel: Herr Rafie sieht es pragmatisch. B. von Samson: "grundsätzlich nicht". Frau Gregorius: unter 2 Bedingungen ja. Frau Binkenstein: laut Beschluss.

Verzicht auf monotone (sich wiederholende) Baukörper ist Konsens, nur Herr Rafie ist als einziger dagegen.

Dabei wird häufig nur Dissens und Konsens festgestellt - ohne dass den Beteiligten bei Dissens ausreichend Raum gegeben wird, ihre Gründe darzulegen, und ohne dass mögliche Kompromisse ausgehandelt oder Möglichkeiten für solche ausgelotet werden können.

Manchmal wird einfach nur gesagt, seid ihr dafür oder dagegen? Einer dagegen - gut also roter Punkt, weiter. Es bleibt unklar, ob Herr Dienberg, der hinterher alleine über die im Dissens befindlichen Punkte entscheiden wird, die konkreten Argumente und die Positionen der Teilnehmer dazu überhaupt notiert hat, oder ob Frau Braun dies in der Kürze notieren konnte.

17.15 h beginnt Herr Linker, Thema Städtebau. Im Prinzip ist das nochmal genau dasselbe wie bei der Bürgerversammlung. Die Bebauung direkt an der Straße sollte höher sein als im Inneren des Grundstücks. Wegen der Verschattung.

Danach bis 18.30 h Vorstellung anhand der Styropormodelle, vor allem Testentwurf B2. Von allen 4 Testentwürfen (Welter-Schultes der W2-Entwurf mit den höheren Häusern) wurden Modelle gemacht, die geschickt in die Landschaft gesetzt werden können. Die Styroporhäuser sind faustgross und es lässt sich sehr gut mit allen Leuten arbeiten, die rund um den Tisch stehen. Ausgesprochen gut gemacht, und mit ganz billigen Mitteln. Wellpappe, Zahnstocher, Verpackungsreste.

Frau Walbrun muss früher gehen und betont die Bedeutung der hangstützenden Mauer als natürliche Grenze des Waldbiotops. Außerdem stellt sie (wie schon im Bauausschuss am 23.5.2013 angedeutet) fest, dass die ganz am Rand befindliche Waldfläche im Süden in allen bislang vorgeschlagenen Entwürfen nicht überbaut worden wären.

Herr Welter-Schultes stellt anhand einer Tischvorlage heraus, dass in beiden Entwürfen von Bankert und Linker nicht nur etwa 45 % der aktuellen Waldfläche zerstört würden, sondern dass auch die in der Bauausschussvorlage eingezeichneten geschützten Flächen in Randbereichen teilweise überbaut und direkt neben Baukörpern durch Baufahrzeuge zerstört würden. Es sei aufgrund der Vorgaben auch dem besten Architekturbüro nicht möglich, alle drei Vorgaben gleichzeitig zu erfüllen: GFZ 0,95, Häuser maximal 5 Stockwerke hoch und keine Zerstörung der geschützten Flächen.

Wie bei der Bürgerversammlung wird die dichte, riegelartige Bebauung an der Straße sehr ausführlich diskutiert. Frau Behbehans (SPD) dringende Bitte bei der Bürgerversammlung, direkt an der Straße nicht so hoch zu bauen, wird ignoriert. Das Resultat ist aber deckungsgleich. Das Ergebnis der Baufeldabstimmung der Nonnenstieg-Bürgerinitiative vom Juni liegt als farbiger A2-Ausdruck vor und wird von Herrn Welter-Schultes erläutert: direkt an der Straße höchstens 1-2 Stockwerke, 5 m dahinter etwa 3-4 in gesamten Hauptbaufeld. Herr Rafie wünscht eine statische Absicherung der ermittelten Daten. Andere machen darauf aufmerksam, dass es sich nur um persönliche Meinungen der direkt umliegenden Nachbarn handelt.

Der Entwurf von Herrn Welter-Schultes wird von den Planungsexperten aus drei Gründen abgelehnt: 1. zu teuer, 2. Probleme mit der Verschattung, 3. in Göttingen nicht vermarktbar. Außerdem entsprächen die Abstände zwischen den Baukörpern nicht den Vorschriften. Beim Preis für Hundertwasserhäuser sind sich die Experten jedoch noch nicht ganz einig, die Angebote reichen von doppelt so teuer bis zu 20-25 % teurer als normal (Herr Linker) - alle Expertenaussagen pauschal und ohne jemals geprüft zu haben, wie teuer Hundertwasserhäuser tatsächlich waren (und welche stilistischen Details welche Kosten verursachten). Es bleibt unklar, warum die Verschattung (die generell alle Häuser betrifft, die direkt an den bewaldeten Südosthang gebaut werden), bei anderen Entwürfen kein Problem darstellen würde. Probleme mit der Vermarktbarkeit und Verschattung hatten bei der Expertenjury zu Untertrifaller keine Rolle gespielt (dies musste den Fachexperten von Laien aus der Bürgerinitiative erst mal erzählt werden), Herr Rafie räumt aber heute ein, dass die Verschattungsproblematik 2012 von ihm nicht geprüft worden war und tatsächlich ein Problem dargestellt hätte.

Herr Arnold (CDU) regt an, inspiriert auch durch den von Herrn Welter-Schultes gezeigten Entwurf, dass Häuser im Nordostbereich des Hauptbaufeldes durchaus auch bis etwa 7 Stockwerke hoch sein können. Architekt von Samson stimmt dem zu. Offen tritt der

Widerspruch zutage, dass die Nonnenstieg-Bürgerinitiative in ihrer Abstimmung für konventionelle Bebauung 4 Stockwerke als obere Schmerzgrenze ermittelt hatte, nun aber 7 Stockwerke als nicht von vornherein undenkbar im Gespräch sind. Auf dem 7. Stockwerk der runden turmartigen Baukörper liegt ein künstlerisch geformtes Steildach, das von seiner Höhe einem 8. Stockwerk entspricht.

Anhand des Entwurfes von Frau Steinhauer wird vor allem die Lärmproblematik diskutiert. Frau Steinhauer stellt heraus, dass die Schallreflektion der geraden und senkrechten IWF-Gebäude seit der Renovierung ein Problem darstelle und massiv sei. Die Pflanzung von Bäumen vor die Häuser wird diskutiert. Herr Lepper sagt zu, es wäre möglich, den Pseudo-Fahrradweg ("Parkstreifen") wegzunehmen, den Fuß/Radweg also um etwa 2 m zu verengen, damit mehr Platz für eine Begrünung mit Bäumen an der Straße geschaffen werden könne (also noch 2 m, mit denen im Prinzip der Investor arbeiten könne). Es wird von mehreren Experten Übereinstimmung darin festgestellt, dass hohe Bäume an der Straße vor Häusern einen schallreflektionsmindernden Effekt haben.

Herr Schlegelmilch stellt die Frage, ob die Bürgerinitiativen in den Waldflächen alle Bäume geschützt haben wollen, oder ob auch einzelne Bäume gefällt werden könnten. Herr Welter-Schultes antwortet, die Waldfläche solle als Biotop mit Unterholz erhalten werden, einzelne nicht standortgemäße Bäume könnten auch gefällt werden. Wichtig sei, dass die Fläche nicht überbaut werde.

Angeregt von Frau Steinhauers Entwurf ergibt sich eine Diskussion über Blickbezüge. Vom Nonnenstieg lässt sich aus mehreren Perspektiven die Baumreihe am Habichtsweg sehen. Ein Vergleich mit der Untertrifaller-Planung wird gezogen.

Danach stellt Herr Dienberg noch einmal Vorzüge der Untertrifaller-Planung vor. Untertrifaller sei als Grundlage verwertbar. (Hinterher relativiert er das wieder). Es hat ein wenig den Nachteil, dass keiner hinschauen will.

Herr Arnold spricht sich dafür aus, alle hangseitigen Bäume am Habichtsweg komplett zu fällen und den Habichtsweg als eine Allee zu gestalten (und dafür einige Bäume oben neu zu pflanzen). Er wäre dafür, nur ganz am Rand des Grundstücks im Südwesten und Nordosten noch Bäume zu erhalten. Der Grüngürtel am Habichtsweg könne weg.

Frau Gregorius wendet ein, der "wilde" Charakter des Habichtswegs mit Waldrand solle erhalten bleiben, also keine Allee.

Punkte im Dissens (kopiert aus dem offenen Protokoll von Frau Dappen, abfotografiert ganz am Ende kurz vor der Pressekonferenz):

- Bebauungsdichte GFZ maximal 0,95
- Geschossigkeit maximal 4 plus Dachgeschoss (Anregungen aus den Bürgerinitiativen: "unterschiedliche Geschosshöhen und Anlehnung an südliche Bebauung, dann ansteigend nach Norden", "höhere Bebauung am nördlichen Hang, auch 7-8geschossig")
- Abstand zur Straße (Anregungen aus den Bürgerinitiativen: "Vorgärten ermöglichen, Grünstreifen", "niedrigere Bebauung an der Straße", "keine geschlossene Straßenfront", "Parkstreifen umfunktionieren, Ausgleichspflanzung vor Ort")
- keine Befahrung der hinteren Grundstücksbereiche
- Stellplatzschlüssel maximal 1/WE (Anregungen aus den Bürgerinitiativen: "teilweise autofreies Wohnen ermöglichen")
- Wegebeziehungen: Verbindung der beiden Baufelder
- fußläufige Wegebeziehungen Nonnenstieg-Habichtsweg
- Beschränkung des Baufelds auf die aktuell bebaute Fläche (Anregungen aus den Bürgerinitiativen: "Wald als Biotop erhalten", "Bäume am Hang schützen", "Qualität des Habichtswegs erhalten")
- unterschiedliche Baukörper (Anregungen aus den Bürgerinitiativen: "stärkere Differenzierung auch in der Höhe")

- Gestaltung nach ästhetischen Kriterien, gemeinsam entwickeln
- Nutzung: auch Einzelhandel möglich

Punkte im Konsens:

- "Erhalt möglichst vieler geschützter Bäume" (dieser Punkt wird von uns als unnötige Gummiformulierung kritisiert - bei den derzeitigen Vorgaben sei es kaum möglich, viel zu erhalten)
- Keine Überbauung der schützenswerten Flächen (... dieser Punkt wurde erläutert - wir hoffen, es richtig verstanden zu haben, dass damit ausgesagt wurde, dass eine Bebauung der ausgewiesenen Fläche effektiv verboten werden sollte - strittig blieb nur die Größe dieser Fläche)
- Stellplätze möglichst in Tiefgarage
- Erschließung über Nonnenstieg (Erschließung bedeutet Autoverkehr)
- Zwei Baufeldbereiche
- Erhalt von Blickbezügen durch und auf das Gebiet
- Differenzierte Geschosshöhen
- Geschosswohnungsbau (keine Einfamilienhäuser, keine Doppelhäuser, keine Reihenhäuser)
- Nutzung: überwiegend Wohnen

Vorbereitet waren noch Zettel zu unstrittigen Energiefragen, die nicht besprochen wurden.

Um 18.40 h beginnt die Zusammenfassung. Die Verantwortlichen loben die konstruktive Atmosphäre, Herr Dienberg zieht Schlussfolgerungen. Er werde aus den vorliegenden Ergebnissen einen Vorschlag an den Bauausschuss vorbereiten, der im Kern der B-Plan sein werde.

Er wünsche sich kein elendig langes weiteres Verfahren.

Die Bürgerinitiativen hätten eine Menge erreicht und sich positiv eingebracht. Er deutet an, dass einige der Vorschläge in seine Bewertung Eingang finden würden.

2 Sachen seien konträr: Erhalt von Grünstrukturen im größerem Umfang als bisher gedacht, und GFZ 0,95 als ein unterer Wert.

Um 18.55 h folgen 10 Minuten Beratung, in der wir (Frau Gregorius, Herr Welter-Schultes, Herr Lüchtrath) nochmal informell mit Herrn Dienberg sprechen können. Er sagt zu, mit uns nochmal einen Termin anzuberaumen, vor seiner Entscheidung. Gespräche über Bauästhetik, weitere Gespräche in kleinen Arbeitskreisen mit dem Investor, überhaupt weitere moderierte Gespräche mit irgendjemandem lehnt er ab. Er werde keine weitere Moderation zu diesem Thema finanzieren. Unklar war, ob dies auch seine Zusage vom 24.6.2013 betraf, nochmal eine Bürgerversammlung anzubieten.

Danach folgt bis 20.00 h ein Pressetermin (GT, Stadtradio, Blick), bei dem alle Beteiligten teilnehmen (auch Pro Nonnenstieg - entgegen einer ursprünglichen Ankündigung vom 15.8.2013, dies nicht zu tun).

Herr Dienberg fasst zunächst die Ergebnisse zusammen und schildert seinen Eindruck dieses Workshops als ausgesprochen sachlich, konstruktiv und kontrovers. Etwas frustriert und ratlos wirkt er, weil es in der Frage der Baudichte (GFZ 0,95) und des Erhalts des Grünbestandes ("das ist kein Wald, es handelt sich um waldähnliche Strukturen") keine Annäherung gegeben habe. In der Frage der Bauästhetik wirkt er ebenfalls ratlos und fragt sich, ob er vielleicht das Baumaterial vorschreiben könne.

Danach folgen Statements der Interessenvertreter. Herr von Zepelin (Pressesprecher von Pro Nonnenstieg e.V.) erklärt an dieser Stelle, eine Bebauung der Kleingartenanlage mit Häusern sollte ermöglicht werden. Pro Nonnenstieg e.V. sei auf dem Kerngrundstück für eine GFZ von 0,55.

Frau Gregorius widerspricht einer Bebauung der Kleingärten. Für die Nonnenstieg-Bürgerinitiative käme dies nicht in Frage.

Frau Binkenstein (SPD) werde die Ergebnisse in ihre Fraktion tragen; auch die Punkte, die im Dissens seien.

Herr Böck erklärt, dass die 10 Bundesländer einer GFZ unter 0,95 nicht zustimmen würden.

Protokoll geschrieben noch am selben Abend. Am Ende blieb bei uns ein ziemlich enttäuschtes und frustriertes Gefühl zurück, vor allem, weil es nicht weitergeht. Der Schutz der Waldflächen wurde als unmöglich dargestellt, über Bauästhetik wurde jedes Gespräch kategorisch abgelehnt. Workshop und Bürgerversammlung machten den Eindruck, als wären die Gründe, die überhaupt dazu geführt hatten, dass Anfang 2013 eine Neuplanung angesetzt werden musste, gar nicht verstanden worden seien.

Es ist auch sehr enttäuschend, dass die Verwaltung sich keine Mühe gibt, bei Punkten, über die es keine Einigung gibt, noch zu versuchen, Kompromisse zu finden. Und wenn es auch nur sei, dass verschiedene Teilnehmer zum Zweck solcher Kompromissfindungen zusammengebracht werden könnten. Herr Rafie ist der einzige, der monotone Baukörper möchte. Es würde jetzt Sinn geben, wenn ihm das nicht erlaubt werden würde. Aber die Möglichkeit, mit ihm zu sprechen und ihm als Ausgleich an anderer Stelle ein höherwertiges Zugeständnis anzubieten, wird durch die hier durchgeführte Vorgehensweise "jeder gegen jeden" versperrt. Es ist abzusehen, dass bei so einer Strategie der B-Plan unter seinen Möglichkeiten bleibt. Bürgerbeteiligung ist ja nett. Aber Demokratie lebt eigentlich von Kompromissen, und nicht davon, dass der König sich gnädig alles anhört (was er anhören will) und hinterher alleine entscheidet.

Sehr überrascht und ausgesprochen enttäuscht waren wir auch, dass niemand von den Grünen erschienen war. (Dies lag offenbar an einem Missverständnis, nicht an Desinteresse).

In den nächsten 1-2 Tagen besserte sich bei uns die Stimmung langsam wieder ein wenig. Wir stellten fest, dass wir etliche Kompromissmöglichkeiten aufgezeigt hatten, die auch über unsere eigenen Schmerzgrenzen hinausgingen, und sich immer mehr herauskristallisierte, dass nun Herr Dienberg seinerseits am Zug war.